

SED will freies Handwerk liquidieren

Selbständige werden in „Produktionsgenossenschaften“ gedrängt

Unter dem Vorwand, die handwerkliche Produktionsweise sei im Zeitalter der Industrialisierung überholt und unrentabel, experimentiert die SED seit nunmehr zwei Jahren mit den sogenannten „Handwerklichen Produktionsgenossenschaften“ (HPG's). Die ersten unter politischem und wirtschaftlichem Druck erfolgten Zusammenschlüsse freier Handwerker zu solchen HPG's ergaben ein Fiasko. Sie dienten der Abschreckung, die bis heute das SED-Programm verhindert hat. Jetzt, vor dem Anlaufen des 2. Fünfjahresplanes, holt die SED zum endgültigen Schlag aus: Ausgerechnet die NDDP, die „Partei des Handwerks und kleinen Unternehmertums“, soll die Bildung von HPG's forcieren. Noch bis zum Jahresende soll sich das freie Handwerk entscheiden: Kollektivierung oder wirtschaftlicher Untergang!

Die Absichten wurden in diesen Tagen auf der 1. Zentralen Konferenz der Handwerklichen Produktionsgenossenschaften dargelegt. Unter den gleichen Vorzeichen, wie seinerzeit die Kollektivierung der Landwirtschaft begann, werden bereits Ende September — mit dem Anlaufen des letzten Planquartals — die selbständigen Handwerker vor die Alternative gestellt.

Lehnen sie ab, dürften sie tatsächlich nicht länger konkurrenzfähig sein: Man wird ihnen die restliche Materialbasis entziehen, bisherige Steuervergünstigungen drohen fortzufallen, staatliche Stellen werden ihnen Aufträge entziehen; Willigen sie ein, sieht das folgendermaßen aus:

Zwei-Stufen-Betrug

Das in Vorbereitung befindliche HPG-Statut sieht die Bildung von Produktionsgenossenschaften in zwei Stufen vor. Stufe I: Die Produktionsmittel, Maschinen und Werkzeuge, können Eigentum der Genossenschaftler bleiben. Diese führen in der eigenen oder einer zentralen Werkstatt mit diesen Maschinen vom Staat festgesetzte Planaufgaben durch. Es ist den Genossenschaftlern „freigestellt“, ihre Produktionsmittel zu einem amtlichen Taxwert an die HPG zu verkaufen. Da eine derartige

Überschreibung „im Interesse der reibungsloseren Produktion“ erwünscht ist, tritt man nach einer gewissen Übergangszeit mit dieser Aufforderung an die HPG-Mitglieder heran. Und damit ist man auch schon bei Stufe II: Hier bringen die Mitglieder ihre gesamte Werkstatt in die Genossenschaft ein. Nach dem Verkauf ihrer Produktionsmittel sind sie Lohnarbeiter. Die nächste, in diesem Fünfjahrplan nicht mehr verkündete Stufe ist der VEB...

Auf diesen „Zwei-Stufen“-Betrug sind viele jener Handwerker hereingefallen, die sich vor einem oder anderthalb Jahren zur Bildung einer HPG überreden ließen. Heute sind sie zum Teil — bettelarm und ohne Chancen — aus den Produktionsgenossenschaften ausgeschieden. Was ihnen blieb, war der Weg zur Personalabteilung des nächsten VEB!

Verraten und verkauft

Ist der bis dahin selbständige Handwerker einmal in der Produktionsgenossenschaft, kann er diese kaum wieder verlassen. Theoretisch gibt es eine solche Möglichkeit zum Ende eines jeden Wirtschaftsjahres. Praktisch aber besagt ein Passus des Statuts, daß jedes Mitglied bei seinem Austritt für „den entstandenen Schaden“ haftbar ge-

macht werden kann. In zahlreichen Fällen hat man auf Grund dieses Passus erklärt, der Entzug von Produktionsmitteln habe die Planerfüllung behindert. Der „Schadenersatz“ war in diesem Falle identisch mit dem Taxwert eben jener Maschinen und Werkzeuge, die der Ausgeschiedene nie wiedergesehen hat.

Weitere Bestimmungen schränken die Rechte der Handwerker ein: Er wird zusammen mit seinen Gesellen gleichberechtigtes Mitglied einer Genossenschaft. Über deren Ziel, Entwicklung und Veränderung bestimmt die Mitgliederversammlung, in der er jetzt wieder zusammen mit seinen Gesellen und Lehrlingen „gleichberechtigt“ ist. Die Versammlung beispielsweise kann mit einfacher Stimmenmehrheit wesentliche Beschlüsse fassen, die der Handwerker niemals billigen kann, und die trotzdem auf Grund der Stimmenzahl seiner in der FDJ organisierten Lehrlinge und der SED-Gesellen zustandekommen.

Auf diese Art sind bereits Hunderte gesunder Handwerksbetriebe vom Staat geschluckt worden. Die Gutgläubigen aber waren verraten und verkauft.

Hart bleiben!

Dem Handwerker bleibt keine andere Möglichkeit, als hart zu bleiben! Er muß durch gute Facharbeit ausgleichen, was ihm der Staat durch den Entzug von Rohstoffen zu verderben sucht. Es ist wie bei den LPG's auf dem Lande: Die ersten Gutgläubigen müssen draufzahlen, damit ihr Beispiel als Abschreckung für die anderen dient. Denn — hat der selbständige Handwerker weniger zu verlieren als der Bauer, dem die LPG Haus und Hof genommen hat?

J. B. Gradl:

Direkt mit Pankow?

Die Tagung des Obersten Sowjets hat erneut bestätigt, daß die sowjetische Politik die beiden Aufgaben voneinander zu trennen sucht, die nach Auffassung der Westmächte und der Deutschen als eine Einheit zu behandeln sind: Entspannung und Sicherheit einerseits, deutsche Wiedervereinigung andererseits. Die sowjetische Führung ist offensichtlich bestrebt, in den guten neuen Ton des „entspannten Umganges“ mit der westlichen Welt keinen Mißklang zu bringen. In der deutschen Frage aber hat die Tagung des Obersten Sowjets nichts von Entspannung erkennen lassen. Bulganin hat wiederholt, was er in Genf und nach ihm Chruschtschow in Ostberlin gesagt hat, und er läßt durch diese Wiederholung die sowjetische Deutschlandpolitik versteift erscheinen.

Das sowjetische Schema

Vermehrte Besorgnis erweckt die vor dem Obersten Sowjet deutlich gemachte sowjetische Einstellung dadurch, daß sie wiederum und noch ausführlicher das sogenannte innenpolitische Problem der Wiedervereinigung hervorkehrt. „Nicht durch eine mechanische Verbindung seiner beiden Teile“, „die Errungenschaften der Werktätigen in der DDR“, „nur Schritt für Schritt“, „Zusammenarbeit der DDR und der Bundesrepublik“ — das ist das Schema der derzeitigen sowjetischen Deutschlandpolitik.

Es ist möglich, daß die Ermütigung des Pankower Funktionärkörpers ein Hauptzweck dieses neuen sowjetischen Aspektes der Wiedervereinigung ist. Bei den Mitgliedern der SED sowie in den sowjetzonalen Parteiorganisationen und Verwaltungen ist seit der Räumung Österreichs Unruhe eingekehrt, die zur Auflösung ihrer politischen Moral führen kann. Die Sowjets haben ein begriffliches Interesse, die DDR noch intakt zu halten, um ihren Wert als politisches Handelobjekt in

den Ost-West-Verhandlungen nicht zu beeinträchtigen.

Eine alte Parole

Aber die neue „innenpolitische“ Linie der sowjetischen Erklärungen stellt auch einen Versuch dar, die Bundesrepublik zu einem unmittelbaren Kontakt mit dem Zonenregime zu bewegen.

Das läuft auf die Wiederbelebung der alten östlichen Parole „Deutsche an einen Tisch“ hinaus, die offiziell erstmalig in einem Brief Grotewohls vom 1. Dezember 1950 an den Bundeskanzler ausgesprochen worden war. Sie ging — und das ist im Hinblick auf etwaige künftige sowjetische Pläne nicht uninteressant — zurück auf einen Beschluß der Prager Konferenz der Außenminister der Oststaaten unter Vorsitz Molotows. Diese Konferenz hatte am 21. Oktober 1950 beschlossen: „Schaffung eines gesamtdeutschen Verfassungsrates zur Vorbereitung einer demokratischen, friedliebenden, gesamtdeutschen, souveränen provisorischen Regierung, in der Ost- und Westdeutschland paritätisch vertreten sein sollen.“ Diese Aufforderung ist damals ohne Umschweife abgelehnt worden — den Stempel der inneren Unwahrscheinlichkeit trug sie ohnehin an sich mit der Forderung paritätischer Vertretung von 50 und von 18 Millionen Deutschen. Allen späteren Aufforderungen solcher Art ging es ebenso — in diesem Punkt waren sich Koalition und Opposition immer einig, und sie befanden sich in Übereinstimmung mit der freien Welt.

Inzwischen sind Jahre vergangen, und die Frage scheint uns neu gestellt zu werden. Nicht ausgeschlossen, daß der Kreaml dem Bundeskanzler bei seinem Besuch den direkten Kontakt mit Pankow zu empfehlen versucht. Im Bundesgebiet sprechen einzelne nichtkommunistische Stimmen für den Kontakt, ebenso im westlichen Ausland. Dabei spielt die allgemeine Stimmung der Entspannung eine Rolle. Jedenfalls ist es zweckmäßig, sich mit der Frage neu auseinanderzusetzen. Fragen des Prestiges im Umgang mit Pankow können dabei nicht maßgebend sein. Und der Gefahr einer „Anerkennung“ der

DDR würde die Diplomatie, wenn es darauf allein ankommen sollte, sicherlich ausweichen können. Entscheidend dürfen nur sachliche Überlegungen unter dem Gesichtspunkt sein, keine vielleicht sich bietende Chance der Wiedervereinigung ungeprüft zu lassen.

Nicht vorstellbar

Aber kann sich eine Chance im Kontakt Bonn—Pankow bieten? Und zwar nicht im Kontakt untergeordneter Stellen — den es schon gibt —, sondern im Kontakt zwischen Bundesregierung und Zonenregierung mit der politischen Aufgabe, den Weg zu einer Wiedervereinigung echt demokratischer Art frei zu machen? Man muß diese Frage so präzise formulieren, um nicht der Gefahr einer sentimentalischen Täuschung zu erliegen, die in der biederen Aufforderung, „die Deutschen sollten sich an einen Tisch setzen“, liegt. Wenn ich mir die Frage stelle, dann muß ich gestehen, daß mir die Phantasie für die Vorstellung fehlt, das Regime Ulbrichts könnte ernsthaft bereit sein, über seine legale politische Selbstauflösung durch freie Wahlen zu verhandeln. Dann, und nur dann hätte der Kontakt einen Sinn. Dagegen sprechen alle Erfahrungen und nicht zuletzt die unentwegt anhaltenden Isolierungs- und Stabilisierungsbemühungen des Pankower Systems. Ja, wenn es wirklich Mitteldeutschland wäre, mit dem Kontakt aufzunehmen ist, wenn in den Ländern der Sowjetzone eine echte demokratische Vertretung entstände... aber dann wäre Pankow eben nicht mehr Pankow.

So aber ist, wie gesagt, ein echtes Gespräch, das wirklich weiterbringt, nicht vorstellbar. Übrigens ist schon einmal der Versuch gemacht worden, wenn auch nur indirekt. Im Dezember 1951 hatten die Vereinten Nationen die Bundesrepublik, die Sowjetzone, West- und Ostberlin zu einer Tagung über die Möglichkeit freier gesamtdeutscher Wahlen geladen. Die Ausföhrungen, die damals die sowjetzonale Delegation machte, wichen in nichts von dem gewohnten Schema ab, und die Tagung verlief ohne jede Spur sachlicher Annäherung.

Fortsetzung Seite 6

Wiedervereinigung ohne Umwege

Vizekanzler Blücher in Berlin zur deutschen Frage

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Die deutsche Frage stand im Mittelpunkt einer bedeutsamen politischen Erklärung im Berliner Schloß Bellevue. Vizekanzler Blücher sagte vor etwa 400 Vertretern des öffentlichen Lebens Berlins, die Bundesregierung sei zu einem „offenen Gespräch mit der russischen Regierung“ bereit. Er bekundete den dringenden Wunsch der Bundesregierung, die Wiedervereinigung Deutschlands ohne Umwege zu erreichen.

Blücher betonte, daß die verschiedenen Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands kein Hindernis für die Wiedervereinigung seien. Im übrigen hätten die Westmächte und auch die Bundesregierung ihr „volles Verständnis für das Bedürfnis der russischen Regierung nach Sicherheit für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands gezeigt“.

Er fuhr fort: „Sollte die russische Regierung daran gedacht haben, daß sie den von ihr besetzten Teil Deutschlands in ihr Wirtschaftssystem einbezogen hat, so kann sich daraus die Notwendigkeit von Verhandlungen ergeben, die aber keineswegs die sofortige Durchführung allgemeiner, freier, direkter und geheimer Wahlen und die Wiedervereinigung zu verzögern brauchen“.

Jede sofortige Maßnahme für die Erleichterung des geistigen und materiellen Austausches

zwischen den Bewohnern der getrennten Teile Deutschlands, sagte Blücher, werde von der Bundesregierung bereitwillig durchgeführt.

Zur Frage eines gesamtdeutschen Gesprächs sagte der Vizekanzler, er lehne ausdrücklich den Versuch ab, an Stelle des Gesprächs der Verantwortlichen einen zeitraubenden und zu nichts führenden Umweg oder Irrweg mitzumachen. Die Schwierigkeit bei einem solchen Gespräch bestehe unverändert darin, daß nur die Bundesrepublik und Berlin Vertreter stellen könnten, die in völlig unbeeinflußten, freien und geheimen

Wahlen ihren Auftrag erhalten hätten.

Nachdem der Vizekanzler auf die Bemühungen um die Freilassung der noch in Rußland zurückgehaltenen Gefangenen hingewiesen und auch die Notwendigkeit eines einheitlichen Willens zur Wiedervereinigung betont hatte, erklärte er zum Thema Koexistenz: „Friedliches Zusammenleben, friedlicher geistiger und materieller Austausch mit allen Völkern, aber nicht auf der Grundlage des Zustandes der Trennung Deutschlands.“

Der Weg ist klar

Zum Schluß faßte Blücher unter dem Leitmotiv „So ist der Weg klar“ die Stellung der Bundesregierung in zehn Sätzen zusammen. Darin wird die „Treue“ gegenüber den Mächten betont, die bisher bei der Erreichung der Freiheit halfen, sowie die Versicherung erneuert, daß die Bundesregierung ihren Anspruch auf Einheit und Freiheit nicht mit Gewalt zu verwirklichen gedenke.

Atommeiler in Karlsruhe

Ausnutzung der Energie für friedliche Zwecke

Bonn (DPA). Der erste Atommeiler für wissenschaftliche Zwecke in der Bundesrepublik soll in der Nähe von Karlsruhe

errichtet werden. Dieses Ergebnis einer Besprechung von Atomwissenschaftlern unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Adenauer wurde vom Bundespresseamt bekanntgegeben. Die Reaktorstation soll auf gemeinsamer Grundlage der Entwicklung der friedlichen Atomtechnik sowie der Heranbildung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses dienen.

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge seien im wesentlichen die bisher der Bundesrepublik auferlegten Beschränkungen auf dem Gebiet der Kernenergie weggefallen, heißt es in der Verlautbarung.

Die siebente Million

Berlin (Eigenmeldung.). Der Senat hat eine weitere Million zur Deckung von Unkosten zur Verfügung gestellt, die als Folge der erhöhten Straßennutzungsgebühren bei einer Fahrt durch die Sowjetzone entstehen. Damit sind insgesamt sieben Millionen DM für derartige Zwecke bewilligt worden.

Kronprinz Rupprechts letzter Weg

Beisetzung unter großer Teilnahme der Bevölkerung

München (DPA/AP). Unter starker Anteilnahme der Bevölkerung wurde der im Alter von 86 Jahren verstorbene Kronprinz Rupprecht von Bayern in einem feierlichen Staatsbegräbnis mit dem Zeremoniell eines regierenden Monarchen in München zur letzten Ruhe gebettet.

Die Feierlichkeiten begannen mit dem Trauergottesdienst in der Ludwigskirche. Der Erzbischof von Bamberg, Dr. Schneider, zelebrierte das Pontificalrequiem. Auf dem Sarg vor dem Hochaltar ruhten Zepher und Krone der bayerischen Könige. In seiner Trauerpredigt sagte Prof. Dr. Lang, der Beichtvater des Verschiedenen, Rupprecht habe in seiner Gestalt „tausend Jahre Bayerntum gesammelt und vollendet“.

Unter den Klängen des bayerischen Präsentiermarsches,

während weithin die Glocken läuteten, wurde der Sarg dann aus der Ludwigskirche getragen. Die Fahnen der alten bayerischen Armee neigten sich vor dem letzten Generalfeldmarschall des Kaiserreiches. Auf sieben schwarzen Samtkissen wurden dem Wagen die beiden Marschallstäbe und die Orden des Kronprinzen nachgetragen, darunter der Pour le Mérite. Als Vertreter der Bundesregierung nahmen Vizekanzler Blücher und die Bundesminister Schäffer und Strauß sowie Bundestagspräsident Dr. Jäger an dem Staatsbegräbnis teil.

Sechs Bereitschaftspolizisten trugen dann den Sarg in die Theatinerkirche zur Fürstengruft. Während Böllerschüsse erklangen, stimmte die Kapelle das Lied vom guten Kameraden an. Ein letztes Mal wurden die Traditionsfahnen gesenkt.

Einheit von größter Bedeutung

Briefwechsel Eisenhower — Adenauer

Washington (DPA). Präsident Eisenhower versicherte in einem vom Weißen Haus veröffentlichten Schreiben an Bundeskanzler Adenauer, er betrachte die Wiedervereinigung Deutschlands als eine Aufgabe von größter Bedeutung für die Schaffung der Grundlagen eines dauerhaften Friedens. Eisenhower beantwortete mit seinem Brief ein Schreiben des Bundeskanzlers, in dem dieser den Regierungschefs der drei Westmächte für ihre Haltung in Genf gedankt hatte.

Bundeskanzler Adenauer stellte in seinem Schreiben fest, die Genfer Besprechungen hätten die Standpunkte beider Seiten geklärt. „Die Tür zu weiteren Verhandlungen ist jetzt offen. Der Westen kann in diese Verhandlungen mit geschlossenen Reihen eintreten.“ Der Kanzler erklärte, nur durch Bewahrung seiner Einheit werde der Westen die Sowjets zu einer vernünftigen Lösung der großen Probleme bewegen können. „Auf dem Weg zu diesem Ziel, der lang, ermüdend und voll von Risiken sein wird, wird eine enge Zusammenarbeit aller nö-

tig sein, die guten Willens sind.“ Der Kanzler versicherte dem USA-Präsidenten, er könne sich in dieser Frage voll und ganz auf die Haltung der deutschen Bundesregierung verlassen.

In seinem Antwortschreiben stimmt Eisenhower der Ansicht des Kanzlers zu, daß die Aufrechterhaltung der Einheit des Westens von entscheidender Bedeutung für die Erreichung der angestrebten Ziele sei und begrüßt die Versicherung Adenauers, daß die Bundesregierung mit den Westmächten für dieses Ziel zusammenarbeiten werde.

USA geben Formosa nicht preis

Aber freundliche Worte an Tschu-En-Lai

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles versicherten, daß sie die nationalchinesische Regierung auf Formosa nicht preisgeben würden.

Eisenhower erklärte vor Kongreßmitgliedern, die USA hätten in Genf „kein zweifelhaftes Geschäft gemacht, um die Freilassung der elf amerikanischen Flieger zu erwirken. Dulles betonte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz, Rotchina müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß auf Formosa die nationalchinesische Regierung herrsche. Im Falle eines Angriffs auf Nationalchina würden die USA ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen.

Dulles sagte, eine offizielle Verpflichtung Pekings, auf jede Gewalt bei der Regelung umstrittener Fragen im Fernen Osten zu verzichten, würde den Weg zu ausgedehnten Verhandlungen über größere Probleme zwischen China und den anderen Ländern einschließlich den USA frei machen. Die USA würden nicht „mit einer Pistole an der Schläfe“ verhandeln, vielmehr müsse die Pistole

überhaupt zur Seite gelegt werden.

In ungewöhnlich freundlichem Ton sprach der Außenminister von dem rotchinesischen Ministerpräsidenten Tschu-en-Lai und dessen letzter Rede. Er sagte, Tschu sei im Verzicht auf Gewaltanwendung weiter gegangen als je zuvor: „Ich bin glücklich darüber.“

Dauermond mit Menschen „an Bord“

Trabanten-Entwicklung in drei Stadien

Kopenhagen (AP). Auf dem 6. Internationalen Astronauten-Kongreß in Kopenhagen gab der amerikanische Sachverständige Petersen Einzelheiten über die geplante Errichtung eines künstlichen Erdtrabanten bekannt. Er zeichnete die Entwicklung in drei Stadien auf.

1. In naher Zukunft wird ein leerer „Ball“ in eine Entfernung von etwa 400 km abgeschossen und dort als Versuchs-Satellit dienen.

2. Anschließend, unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem Versuchs-Satelliten, wird

Abriß des Stettiner Bahnhofs?

Berlin (Eigenmeldung). Nach einer Ankündigung der kommunistisch verwalteten Reichsbahndirektion Berlin sollen die noch stehenden Gebäudeteile des Stettiner Bahnhofs abgerissen werden.

Bereits vor vier Jahren war der Zugverkehr von diesem früher bedeutendsten Bahnhof Berlins nach Mecklenburg und Pommern vollkommen eingestellt worden. Anfang dieses Jahres hatte die Oberzugleitung sich darum bemüht, den Stettiner Bahnhof wieder teilweise in Betrieb zu setzen, da die Aufnahmefähigkeit des Schlesischen Bahnhofs („Ostbahnhof“) nicht mehr ausreichte. Jetzt hat jedoch das Verkehrsministerium entschieden, daß keine Mittel für einen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden.

Ein Teilverbot

Der private Buchhandel in der Sowjetzone werde gegenüber dem „volkseigenen Buchhandel“ so benachteiligt, daß man von einem Teilverbot sprechen könne, gaben Mitglieder der NDP in Leipzig zu.

ein richtiger Erdtrabant entsandt, der alle notwendigen Apparaturen für die Messungen enthält.

3. Der nächste Satellit wird dann Versuchstiere mit sich führen.

Wenn diese drei Stadien erfolgreich bewältigt sind, ist nach Petersens Ansicht der Zeitpunkt gekommen, einen künstlichen Dauermond zu bauen, der Menschen „an Bord“ hat. Von diesem bemannten Satelliten aus soll dann der Vorstoß in den eigentlichen Weltraum erfolgen.

So „arbeiten“ die Menschenräuber des SSD

Aus Darmstadt im Auto entführt — Täter in Westberlin gefaßt

Berlin (Eigenbericht). Ein neuer Menschenraub, ausgeführt von SSD-Agenten und Berufsverbrechern, ist jetzt bekanntgeworden. Der Abteilung V des Westberliner Polizeipräsidiums ist es gelungen, die beiden Haupttäter, den 24jährigen Joachim Tietze und den gleichaltrigen Heinz Horeis aus Berlin, zu verhaften. — Mit Hilfe der in der Sowjetzone wohnenden Tochter des Opfers wurde von den Menschenräubern in der Nacht zum 25. Juli der nach Westdeutschland geflüchtete 48jährige ehemalige Major der Volkspolizei Sylvester Murau aus Heubach bei Darmstadt entführt.

Murau, der durch den Besuch seiner Tochter keinen Verdacht geschöpft hatte, wurde mit Alkohol und Narkotika willenlos gemacht und bei Nacht und Nebel über die Zonengrenze gefahren. — Lächelnd nahmen die Menschenräuber wenige Stunden später im SSD-Hauptquartier das versprochene Kopfgeld in Höhe von 10 000 DM West in Empfang.

Ein Zufall führte vor kurzem die Kriminalpolizei auf die Spur des bis dahin noch nicht entdeckten Verbrechens. Der Stein kam ins Rollen, als ein Kriminalbeamter auf seinem Streifenwagen vor einem Kino am Hermannplatz (Neukölln) am 2. August einen Pkw stehen sah, in dessen Handschuhfach eine belgische Pistole, Kaliber 7,65 mm, lag. Eine über Funk herbeigerufene Sonderstreife nahm nach Schluß der Vorstellung den Fahrer des Wagens, Tietze, zunächst wegen unbefugten Waffenbesitzes und Verdachts des Autodiebstahls fest. In der anschließenden Vernehmung entwickelte sich Tietze jedoch in derartige Widersprüche, daß die Polizei schließlich den Verdacht schöpfte, Tietze sei ein Verbindungsmann zum SSD. Die Abteilung V schaltete sich ein, nach stundenlangen Vernehmungen gab der anfangs hartnäckig leugnende Tietze zu, an einem Menschenraub in Westdeutschland beteiligt zu sein.

„Peter“ zahlte gut

„Ich brauchte Geld“, begann der Menschenräuber sein Geständnis. — Im März dieses Jahres hatte er in einem Kreuzberger Lokal seinen späteren Komplizen Horeis kennengelernt, der als SSD-Agent unter

dem Namen Wagner bekannt war. „Komm zu uns“, hatte Horeis gesagt, „und du verdienst Geld wie Heu.“

Tietze ließ sich anwerben und erhielt in den folgenden Monaten von dem SSD-Mann „Peter“ Aufträge für Westberlin. Im April, Mai und Juni hatte der neue Agent jeweils drei Nachrichtenleute zu beobachten, die zu einem gegebenen Zeitpunkt entführt werden sollten. Anfang Juli erhielt Tietze zusammen mit Horeis den Auftrag, den ehemaligen Vopo-Major aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone zu schaffen. Während die Agenten die Einzelheiten der Entführung im Ostsektor erörterten und festlegten, verpflichtete der SSD seinerseits die Tochter des Opfers, die auch sofort bereit war, ihrem Vater „das Genick zu brechen“. — Zwei Tage später fuhr sie besuchsweise nach Heubach. Vorher traf sie sich an der Zonengrenze bei Helmstedt mit ihren Komplizen und verabredete die Einzelheiten des Planes.

Bekannschaft beim Tanz

Zur Ausführung der Tat hatten sich die Agenten in Westberlin einen Pkw gemietet, mit dem sie „probeweise“ die vorgesehene Entführungsstrecke abfuhren. Dabei kam es zu einer letzten Besprechung mit dem SSD-Stab unter Leitung von „Peter“ an der Zonengrenze, wo später Murau ausgeliefert werden sollte.

Am Abend des 23. Juli führte die Tochter verabredungsgemäß ihnen ahnungslos Vater in ein Tanzlokal in Darmstadt. Dort wurde sie von einem der Komplizen zum Tanzen aufgefordert, wodurch sich die Möglichkeit

ergab, daß die Täter, ohne Verdacht zu erregen, am Tisch des Opfers Platz nehmen konnten. Nachdem man gemeinsam bis zum Morgen gezecht hatte, luden Tietze und Horeis den Mann und seine Tochter zum Nachmittag zu einer Spazierfahrt ein. — Vor Beginn der Fahrt (gegen 16 Uhr) wurde in Darmstadt schon der erste Alkohol getrunken. Dann ging es über Aschaffenburg nach Schweinfurt. Zwischendurch wurden mehrmals Pausen eingelegt, in denen die Verbrecher ihrem Opfer derart viel mit Narkotika vermischten Alkohol einflößten, daß Murau kurz hinter Schweinfurt völlig willenlos und betrunken im Wagen zusammensackte.

In rasender Fahrt steuerte Tietze nun den Wagen nach Kronach und fuhr über einen ungepflügten Acker in die Sowjetzone. Dort wurde das Fahrzeug bereits von dem SSD-Mann „Peter“ mit seinen Leuten empfangen. Der willenlose Murau wurde aus dem Wagen gehoben und in einer BMW-Limousine fortgeschafft.

Kopfgeld wurde verjubelt

Nach der Tat kassierten die Verbrecher die Belohnung, teilten sie und fuhren getrennt nach Westberlin zurück. Das Mädchen war bereits vorher zu ihrem Wohnort in der Zone gefahren.

Unterdessen lief nach der Festnahme Tietzes am 2. August eine umfangreiche Fahndung nach Horeis alias Wagner an, der schließlich völlig überraschend in der Nacht zum 6. August am Kottbusser Tor aufgegriffen wurde. Auch er hatte eine Pistole bei sich. — Wie sich herausstellte, hatten die beiden die „Belohnung“ inzwischen zum größten Teil in zwielichtigen Lokalen durchgebracht. Nur noch über 1000 DM verfügte Tietze bei der Festnahme.

Wie die Polizei mittelt, ist Horeis als Erstverbrecher bekannt und erst kürzlich wegen schwerer Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bisher hatte er sich der Vollstreckung durch die Flucht entziehen können.

„Neuordnung“ im Wohnungswesen

Ausquartierungen — Aufgliederung — „Ringtausch“

Unter dem Stichwort „Neuordnung in der Wohnraumverteilung“ lauten zur Zeit in mehreren Städten Wettbewerbe einzelner Wohnungsämter, die eine strengere Erfassung des privaten Wohnraumes zum Ziele haben. In Ostberlin finden solche „Wettbewerbe“ zwischen den Stadtbezirken Pankow und Weisensee statt. In Dresden und Rostock hat es bereits umfangreiche Ausquartierungen gegeben. Die Aktion läuft unter irreführenden Bezeichnungen wie „Ringtausch“ und „Wohnungsaufgliederung“.

Der Ringtausch sieht folgendermaßen aus: ein Funktionär oder Aktivist, der eine neue oder größere Wohnung benötigt, weist nach, daß in seinem Wohnort eine politische und produktionsmäßig gesehen „nicht so wichtige Familie“ seiner Meinung nach eine zu große Wohnung besitzt. Er nominiert diese beim Rat des Kreises, der die Wohnung überprüfen läßt.

Stellt sich dabei heraus, daß besagte Familie auch nur ein Zimmer mehr bewohnt, als ihr nach den Gesetzen zustehen, wird ihr der Umzug in eine kleinere Wohnung nahegelegt. Kommt sie dieser Aufforderung nicht nach, kann sie ausquartiert werden.

Die jetzt anhängigen Wettbewerbe beziehen sich auf die Freimachung derartiger Wohnungen. Beliebte ist die Räumung solcher Wohnungen, in denen Untermieter sind. Kann der obengenannte Funktionär eine untervermietete Wohnung nachweisen, die seinen Ansprüchen genügt, wird ihm diese zu-

gewiesen und die Exmittierten erhalten im Ringtausch ein neues Quartier. So erfolgt auf tatsächlich „neue“ Art eine Wohnraumaufteilung nach sozialistischem Prinzip.

Die Unzumutbarkeit der im „Ringtausch“ freigemachten Ausweichquartiere spielt dabei keine Rolle. Es hat Fälle gegeben, wo in Ungnade gefallene Funktionäre gleichzeitig mit ihrer Entlassung auch die — oft schon seit zwanzig Jahren bewohnte — Wohnung verloren. Der Staat hat sein eigenes, politisches Wohnungsgesetz.

Bei der Wohnungsaufgliederung handelt es sich um die künstliche Teilung größerer Wohnungen, in denen bevorzugte Funktionäre als allein-stehende Untermieter leben. Da der Staat keine Junggesellenwohnungen bauen kann, werden hier auf mitunter recht kuriose Art „Appartements“ abgeteilt, mit eigenem Zugang und eigenem Bad. Diese Umbauten kommen oft teurer als ein Neubau, erfordern aber weniger Material.

So wurden in letzter Zeit vielfach ganze Häuser baulich verändert. Für die Wohnungsämter ist es ein reines Wettbewerbs-geschäft: Sie haben „neue Wohnungen“ geschaffen „aus dem Nichts“. Das gibt immerhin Punkte...

Leidtragend bei diesen Manipulationen ist nur die Bevölkerung, die ihre Wohnungen oftmals nicht mehr als ruhiges Heim zu betrachten wagt. Der Weg der Vernunft: Schaffung neuen Wohnraumes durch staatlichen Wohnungsbau, ist nicht gangbar, solange das militärische und schwerindustrielle Bauprogramm alle verfügbaren Mittel verschlingt.

Sie sollen nicht nach Westberlin

Berlin (DPA), 37 Angestellten des staatlichen Handelsapparates „DIA Textil“ wurde gekündigt, weil sie sich weigerten, eine Verpflichtung zum Nichtbetreten der Berliner Westsektoren zu unterschreiben.

Auch aus anderen Ostberliner staatlichen Betrieben wurden derartige Kündigungen bekannt. Selbst Versorgungsbetriebe wie die Bewag blieben von ihnen nicht verschont. In der schriftlichen Begründung für Kündigungen im Bereich der sowjet-zonalen Reichsbahn wurde erklärt, daß die Verweigerung der Unterschrift einen „Vertrauensbruch“ darstelle. Maßregelungen aus denselben Gründen wurden auch aus Potsdam berichtet.

Direkt mit Pankow?

Fortsetzung v. Seite 2

Das aber ist die große Gefahr, die mit politischen Kontakten Bonn—Pankow verbunden ist: daß nämlich ein Gespräch begonnen wird, bei dem ein Ende überhaupt nicht abzusehen ist oder nur ein Ende mit einem klaren Bruch. In beiden Fällen ist der Wiedervereinigung nicht genutzt, wohl aber unter Umständen schwer geschadet. Im Zeichen der begonnenen Entspannung kann sich im Ausland eine Stimmung entwickeln — kleine Anzeichen gibt es bereits —, daß nur die Deutschen mit ihrer Wiedervereinigung der allgemeinen Befriedung im Wege stehen. Um so näher liegt es dann, die Verantwortung für

die Wiedervereinigung oder richtiger für ihr Nichtzustandekommen auf diese Deutschen abzuwälzen, die sich nicht miteinander einigen können. Den eigentlichen Vorteil davon hätte neben den Pankowern die sowjetische Politik: durch einen Kontakt Bonn—Pankow könnte sie die Ernte der allgemeinen Entspannung einbringen und trotzdem die Wiedervereinigung durch ihre Pankower Sprecher unbegrenzt hinauszuziehen, ohne selber in Erscheinung treten zu müssen. Die Bundesrepublik aber würde scheinbar in ständiger Auseinandersetzung mit den „Deutschen der anderen Seite“ stehen, die aber in Wirklichkeit nicht die eigentlichen Deutschen sind, sondern die Sowjetunion mit ihrer militärischen Machtstellung.

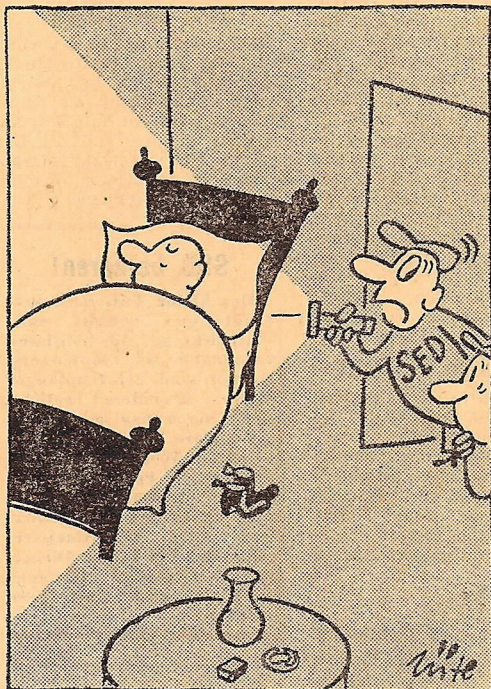
Die Situation wäre anders, wenn die Mächte sich auf einen festen Plan mit festen Zeiten für die Vorbereitung und den Vollzug der Wiedervereinigung einigen würden. Das wäre eine „verantwortungsvolle Handlung“, die die Gefahren eines unverbindlichen gesamtdeutschen Gesprächs wahrscheinlich ausschliesse. Ein unmittelbarer Kontakt hätte dann einen praktischen Sinn, nämlich Einzelheiten zu regeln, nachdem die Grundentscheidung verbindlich gefallen ist. Ob solche Chancen gegenwärtig bestehen oder nicht, kann sich in der Genfer Oktober-Konferenz, vielleicht auch beim Moskau-Besuch des Bundeskanzlers zeigen. Besondere Hoffnungen gewährt die letzte Rede Bulganins allerdings nicht.

„Pitty“

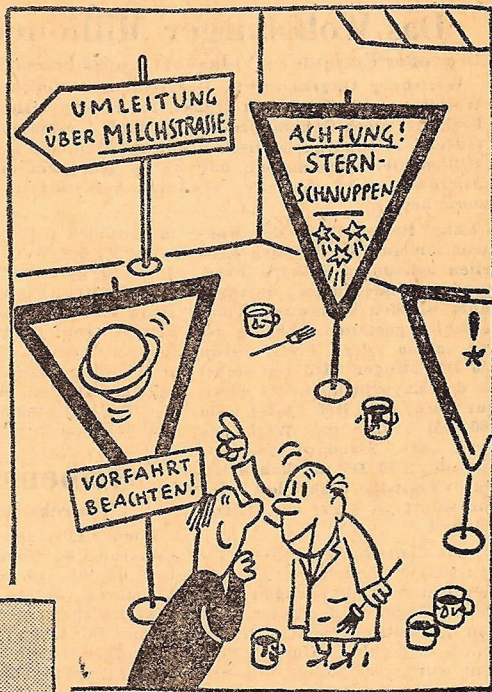
Der „volkseigene Zirkus Aeros“ hat in Ostberlin seine Zelte aufgeschlagen. Die Ostberliner „Neue Zeit“ schreibt ihren Bericht über das Zirkusprogramm unter der Überschrift „Meister Petz fährt ‚Pitty‘“ und meint, daß auch die Braunbären eines „volkseigenen“ Zirkus bei ihrem Auftritt mit der Zeit gingen. Sie brausen nämlich auf einem Motorroller durch die Manege.

Damit wird den Rollerfreunden in der Zone sinnfällig bestätigt, daß ihnen das Regime mit dem Rummel um den Motorroller „Pitty“ schon lange einen Bären aufgebunden hat. Vor zwei Jahren versprach Ulbricht nach dem 17. Juni der Bevölkerung der Zone den Motorroller „Pitty“ als Glanzstück der besseren Versorgung im Zeichen des längst vergessenen Neuen Kurses. Damals zerlegten Konstrukteure drei westdeutsche Motorroller in ihre Bestandteile und „erfanden“ den Roller „Pitty“, dessen Konstruktion, wie der inzwischen geflüchtete Kontrollmeister des Herstellerwerkes, Roske, berichtete, bereits 1700mal geändert worden ist.

Westerlin-Verbot für Ostangestellte



„Der Magistratsangestellte ist schon verdächtig, Genosse, er schläft mit dem Gesicht nach dem Westen!“



„...?“ — „Ich entwerfe schon Verkehrsschilder für die Raumschiffahrt!“

5000 „Pittys“ sollten nach dem Plan 1954 gebaut werden. 75 Roller waren Ende November fertig, keiner von ihnen lief bis zum Auseinanderbrechen mehr als 6000 Fahrkilometer! In diesem Jahr sollen nun 10 000 Roller dieser zweifelhaften Konstruktion gebaut werden, aber bei den Planziffern wird es wohl bleiben. Einige Renommierroller stehen in den HO-Autoläden zur Ansicht, 2300 Ostmark soll dieser Roller kosten, obwohl die reinen Herstellungskosten zwischen 4000 und 5000 Ostmark betragen.

„Pitty“ und der Rubel — sie rollen beide nicht.

Mutter hatte Erfolg

Münster (DPA). Die 65jährige Mutter aus Münster, die während der Viererkonferenz nach Genf gereist war, um die Freilassung ihres Sohnes aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu erreichen, erhielt die Ankündigung, daß ihr Sohn bald freigelassen wird. In einem eingeschriebenen Eilbotenbrief teilte ihr der sowjetische Konsul in Bern, Bobrov, mit, er sei zu der Mitteilung beauftragt, daß ihr Sohn „in absehbarer Zeit entlassen und repatriiert wird“.

Das Wolfsburger Millionenfest

Ein großes Ereignis — Volkswagen jetzt besser und billiger

Wolfsburg (Eigenbericht). Der millionste Volkswagen lief in Wolfsburg vom Band. Ein großes, für Europa bisher einmaliges Ereignis! Doch Generaldirektor Nordhoff „enttäuschte“ die über tausend in- und ausländischen Journalisten, die sich zu dieser Millionenfeier versammelt hatten; Es gibt kein neues Modell. Allerdings wird der alte, bewährte Volkswagen billiger und noch besser.

Unter Beibehaltung der Konstruktion und der in allen Erdteilen bekannten äußeren Form wurden Änderungen durchgeführt, die den Volkswagen komfortabler gestalten. Wichtig ist vor allem der Preis, denn 250 DM billiger wird von sofort an das Exportmodell, das damit nur noch 4600 DM kostet. Um 160 DM senkte das Werk den Preis des Standardtyps, der nun für 3790 DM zu haben ist. Das viersitzige Kabriolett wird von sofort an sogar um 510 DM billiger.

Auch die technischen Neuerungen sind erwähnenswert. Einige Zentimeter ist der Wagen jetzt innen länger und breiter. Auf den Rücksitzen macht sich das schon bemerkbar. Um 20 Prozent wurde der Kofferraum unter der Vorderhaube vergrößert, denn man hat nun den Benzintank tiefer gelegt. Schließlich ist der Volkswagen auch noch leiser geworden. Die farbenfrohen Bezüge geben dem Wagen nun noch ein ansprechenderes Gesicht.

Auch der zweimillionste Volkswagen, so sagte Generaldirektor Nordhoff, wird genau so aussehen wie der millionste. Er fügte hinzu: „Wir haben nicht die Absicht, diesen in aller Welt bewährten und beliebten Typ aufzugeben.“

Gäste aus aller Welt

Doch die Vorstellung des verbesserten Volkswagens ging fast unter in der Millionenfeier, zu der Gäste aus aller Welt nach Wolfsburg gekommen waren. Schon in den frühen Nachmit-

tagsstunden strömten Zehntausende in das Werk, um sich auf den eilig gezimmerten Tribünen einen guten Platz zu sichern. Denn Künstler aus fünf Kontinenten sollten Proben ihres Könnens geben. 150 000 Menschen füllten dann am Nachmittag das Stadion. Abends wurde der Tag mit einem selten erlebten Feuerwerk beschlossen.

Lebenszeit hat sich verlängert

Durchschnittliche Lebenserwartung: 62 Jahre

Bonn (AP). Die heutige Bevölkerung im Bundesgebiet lebt fast doppelt so lange wie die Vorfahren vor etwa 100 Jahren.

Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes über die Lebenserwartung konnten die im Jahre 1870 geborenen Kinder durchschnittlich nur mit einem Alter von 37 Jahren rechnen. Die nach dem zweiten Weltkrieg geborenen Kinder werden dagegen mit einem Lebensalter von durchschnittlich 62 Jahren und darüber rechnen können. Die Verlängerung der Lebenszeit wird nach Angaben des Amtes in erster Linie auf die Fortschritte in der medizinischen Wissenschaft zurückgeführt.

Zehn Jahre im Amt

Bremen (AP). Der Bremer Senatspräsident Wilhelm Kaisen (SPD) kann als bisher einziger westdeutscher Länderchef auf eine zehnjährige, ununterbrochene Amtstätigkeit zurückblicken. Genau zehn Jahre, nachdem er die Arbeit im Bremer Rathaus aufnahm, empfing

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Reformierte Weltorganisation

Detmold (DPA). Anlässlich des internationalen reformierten Weltkongresses wurde in Detmold die „Internationale Vereinigung des reformierten Bekenntnisses und der Reformierten“ gegründet. Die Vereinigung, der nur Einzelmitglieder angehören können, will die internationale Begegnung zwischen reformierten Christen aller Länder fördern. Sie will nicht in den Aufgabenkreis der Kirchen eingreifen. Das Sekretariat soll in Amsterdam eröffnet werden.

der 63jährige in der vergangenen Woche die Glückwünsche des bremischen Senats.

544 Anschläge

Monte Carlo (AP). Bei einer in Monte Carlo veranstalteten „Weltmeisterschaft im Maschinenschreiben“ siegte die Stuttgarterin Lore Alt mit 544 Anschlägen in der Minute. Den zweiten Platz belegte Margot Gramer aus Stuttgart-Waltingen mit 540 Anschlägen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.